



# SITZUNGSVORLAGE

Nr. **1 9 - V - 0 1 - 0 0 1 9**

(Jahr - V - Amt - Nr.)

Betreff:

Dezernat(e)   I  

Schreiben der Kommunalaufsicht im Kontext mit der Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Magistrat wegen Tolerierung von Korruption

Anlage/n siehe Seite 3

Bericht zum Beschluss Nr. vom

## Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input type="radio"/>	→ s. unten <input checked="" type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

## Beratungsfolge

DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input checked="" type="radio"/>	Tagesordnung B <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Ausschuss	öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16	<input checked="" type="checkbox"/> <b>wird im Internet/PIWI veröffentlicht</b>	

## Bestätigung Dezernent

G e r i c h

Oberbürgermeister

## Vermerk Kämmerei

Wiesbaden,

- Stellungnahme nicht erforderlich  
 Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.  
 → siehe gesonderte Stellungnahme

Imholz

Stadtkämmerer

## A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind  **keine** finanziellen Auswirkungen verbunden.  
 finanzielle Auswirkungen verbunden.  
 (in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

### I. Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel  rot  grün Prognose Zuschussbedarf:

abs.: \_\_\_\_\_  
 in %: \_\_\_\_\_

### II. Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling  Investition  Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist):

abs.: \_\_\_\_\_  
 in %: \_\_\_\_\_

### III. Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um  Mehrkosten  
 budgettechnische Umsetzung

IM	CO	Jahr	Bezeichnung	Gesamt-kosten in €	darin zusätzl. Bedarf apl/üpl in €	Finanzierung (Sperr-, Ertrag) in €	Kontierung (Objekt)	Kontierung (Konto)	Bezeichnung
<b>Summe einmalige Kosten:</b>									

<b>Summe Folgekosten:</b>									

Bei Bedarf Hinweise /Erläuterung:

## B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.) Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein **Pflichtfeld**.

Im Kontext mit der Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Magistrat wegen Tolerierung von Korruption liegt ein Schreiben der Kommunalaufsicht mit Bitten um weitere Prüfungen sowie Empfehlungen vor.

## Anlagen:

Schreiben der Kommunalaufsicht vom 9. April 2019

## C Beschlussvorschlag:

### *1. Magistrat und Stadtverordnetenversammlung wollen beschließen*

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass im Kontext der Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Magistrat „wegen Tolerierung von Korruption“ der Magistrat mit Beschluss Nr. 0141 vom 26. Februar 2019 eine Stellungnahme abgegeben hat und dass mit Schreiben vom 09. April 2019 nunmehr eine Antwort der Kommunalaufsicht vorliegt.
2. Das Schreiben der Kommunalaufsicht vom 9. April 2019 (Anlage zur Sitzungsvorlage) wird zur Kenntnis genommen.
3. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Kommunalaufsicht
  - 3.1. zu dem Ergebnis kommt, dass die Auslegung des Rechtsamtes, wonach ‚ein Aufsichtsratsmitglied insbesondere dann nicht als unabhängig [im Sinne des Beteiligungskodizes der LHW] anzusehen ist, wenn es in einer persönlichen oder einer geschäftlichen Beziehung zu der Gesellschaft, deren Organen, einem kontrollierenden Aktionär oder einem mit diesem verbundenen Unternehmen steht, die einen wesentlichen und nicht nur vorübergehenden Interessenkonflikt begründen kann‘, als „konsequent“ angesehen wird;
  - 3.2. aus diesem Grund eine diesbezügliche „Konkretisierung“ des Beteiligungskodexes empfiehlt;
  - 3.3. um Vorlage einer Prüfung durch das Rechtsamt bittet, ob die nach dem Beschluss des Magistrates Nr. 0309 von 07. Mai 2019 verbleibende Mandatstätigkeit des Stadtverordneten Bernhard Lorenz „im Einklang mit dem Beteiligungskodex erfolgt oder Anhaltspunkte für einen immer noch bestehenden Interessenkonflikt“ bestehen;

4. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Kommunalaufsicht im Kontext mit dem durch den Ältestenausschuss beschlossenen Rechtsschutz für Herrn Stadtverordneten Bernhard Lorenz darauf hingewiesen hat, dass Verwaltungsvorschriften des Landes über Rechtsschutz für Landesbedienstete vorsehen, dass
  - 4.1. im Falle eines Unterliegens im streitgegenständlichen Gerichtsverfahren eine Rückzahlung der im Rahmen des Rechtsschutzes gewährten Kostenerstattung angezeigt ist;
  - 4.2. im Falle einer hälftigen Kostenteilung durch das Gericht von einer hälftigen Rückzahlung eines Vorschusses oder Darlehens bzw. einer hälftigen Rückzahlung der insgesamt gewährten Kostenerstattung ausgegangen wird.
5. Dem Ältestenausschuss wird eine Beratung über die Mitteilung der Kommunalaufsicht anheimgestellt.

*II. Der Magistrat wolle beschließen:*

6. Dezernat II/30 wird mit der Prüfung zum Kenntnisnahmepunkt 3.3 beauftragt. Dezernat II wird beauftragt, auf dieser Grundlage eine entsprechende Stellungnahme an die Kommunalaufsicht vorzubereiten und dem Magistrat zur Beschlussfassung vorzulegen.
7. Dezernat I i.V.m. Dezernat II/30 wird beauftragt, eine Konkretisierung des Beteiligungskodexes im Sinne des Kenntnisnahmepunktes 3.2 vorzubereiten und Magistrat und Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen.
8. Dezernat I wird beauftragt, die Kommunalaufsicht über den Inhalt der obigen Beschlusspunkte zu informieren.

## D Begründung

Die Sitzungsvorlage ist mit dem Rechtsamt abgestimmt.

Wiesbaden, Mai 2019

Sven Gerich  
Oberbürgermeister